Die BRD-Energiewende bedroht die Freiheiten aller
Wohlstand

NAEB-Mitglied werden und NAEB-Rundbrief per E-Mail empfangen [2]

NAEB 2104 am 14. Februar 2021

Angst erzeugt Probleme, für die anschließend Lösungen angeboten werden. Das viele Geld für die vermeintlichen Lösungen fließt in die Taschen der Akteure. Doch die behördlichen Maßnahmen schränken die Freiheiten aller ein und vergrößern gleichzeitig Regierungsmacht.

Angst lähmt das Denken und erklärt die hohe Zustimmung der Bevölkerung zur Energiewendepolitik der Bundesregierung. Mit Erfolg wird seit mehr als zwei Jahrzehnten die Klimarettung der Erde als das Hauptproblem herausgestellt. Verursacher soll Kohlenstoffdioxid (CO_2) aus Brennstoffen sein. Durch ständige Wiederholung und "Erfolgsmeldungen" über eingesparte CO_2-Emissionen in Leitmedien wurde eine strittige Aussage zu einer unumstößlichen Gewissheit, die niemand mehr hinterfragt.

Der Kieler Klimaforscher Prof. Mojib Latif forderte bereits 2005: "Das Wichtigste, was die Gesellschaft über den Klimawandel wissen muss, ist erforscht. Jetzt wäre das politische Handeln nötiger als weiteres Forschen." Fördermittel aus Steuergeldern für weitere (unnötige) Forschungen nimmt der Professor aber weiterhin an.

Falsche Hoffnungen
Um den Klimawandel rückgängig zu machen, sollen Brennstoffe durch Wind- und Sonnenstrom ersetzt werden. Diese vermeintliche Energiewende unterstützte der Publizist Franz Alt mit der Feststellung: "Sonne und Wind schicken keine Rechnung und emittieren kein CO_2." Er versprach das Energieparadies: kein Rauch mehr aus Schornsteinen und Strom fast zum Nulltarif.

Das Volk glaubte diesen Anpreisungen und war bereit, für die Anlaufphase der Energiewende auch etwas mehr für den Strom zu zahlen. Aus dem einem Euro monatlich für einen Durchschnittshaushalt, den Kosten für eine Kugel Eis, den der damalige Bundesumweltminister Trittin an Mehrkosten prognostizierte, sind inzwischen 25 geworden mit steigender Tendenz. Die fehlenden physikalischen Grundkenntnisse des Politologen und Theologen Alt über Energieumwandlungen und Wirkungsgrade verhinderten wohl eine richtige Bewertung der Sachlage.

Trotz steigender Kosten haben es die Grünen mit ihrer ständigen Forderung nach Weltrettung durch Klimaneutralität geschafft, viele Wähler zu mobilisieren. Die CDU unter der Kanzlerin Dr. rer. nat. Angela Merkel hat die Weltklimarettung gleichfalls in ihr Wahlprogramm aufgenommen. Wählerstimmen waren wohl wichtiger als die naturwissenschaftlichen Kenntnisse der Physikerin.

Teure Fakepower
Leitmedien unterstützen weiterhin die Energiewende. Täglich gibt es Erfolgsmeldungen über neue Windgeneratoren und Solaranlagen mit Angaben über die installierte Leistung und die Investitionskosten. Es wird immer wieder behauptet, solche Anlagen könnten (rechnerisch) eine Stadt oder einige tausend Haushalte versorgen. Aber woher der Strom kommen soll, wenn keine Sonne scheint und kein Wind weht, und die drei- bis fünfmal höheren Gestehungskosten im Vergleich zu Kohle- und Kernkraftwerksstrom werden verschwiegen.

Die installierte Leistung wird häufig mit der von Kraftwerken gleichgesetzt. Doch die verfügbare Leistung der Wendestromanlagen schwankt zwischen 0 % und 70 %. Sie beträgt im Jahresmittel nur etwa 20 %. Die verfügbare Leistung wird vom Wetter bestimmt. Sie ist weder planbar noch regelbar. Mit Wendestrom kann kein stabiles Netz aufgebaut und aufrechterhalten werden. Er kann nur in ein bestehendes Netz zusätzlich eingespeist werden. Grundlastfähige Kraftwerke dagegen können jederzeit die installierte Leistung liefern und sogar kurzfristig überlastet werden.

Die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien wollen mit diesem teuren und schwankenden Zufallsstrom das Land versorgen. Das ist technisch unmöglich und wirtschaftlich Harikiri. Es ist eine Täuschung der Stromverbraucher. Der Stromverbraucherschutz NAEB bezeichnet daher zu Recht diesen Zufallsstrom als FAKEPOWER (Fake = Täuschung). NAEB ist eine Vereinigung von Energiefachleuten, die erfolgreich über Jahrzehnte zu einer sicheren und bezahlbaren Energieversorgung beigetragen haben.

Es zeigt sich immer deutlicher, dass die Energiewende am Ende ist. Bei Starkwind und Sonnenschein wird mit jeder weiteren Fakepower-Anlage häufiger Stromüberschuss erzeugt, der kostenpflichtig exportiert werden muss. Die Abnehmer des Überschussstroms werden sogar honoriert, was zu negativen Börsenpreisen führt. Schon heute hat die BRD weltweit die höchsten Stromkosten aller Industrieländer. Mit der von vielen Politikern geforderten Fortsetzung der Energiewende werden die Kosten schnell weitersteigen.

Wasserstoff ist keine Lösung
Auch wenn die Bundesregierung dies inzwischen erkannt haben mag, soll die Wende weitergehen. Die Anzahl von Wind- und Solaranlagen soll verdreifacht werden. Der Überschussstrom solle Wasserstoff erzeugen, der dann in windarmen Zeiten wieder verstromt werde. Darüber hinaus könne er auch zum Antrieb für Autos und zum Heizen verwendet werden.

Technisch ist das möglich. Doch bei der Energieumwandlung kommt es zu riesigen Verlusten. Von der eingesetzten teuren Fakepower erhält man bei der Wiederverstromung weniger als 25 Prozent. Zu den Stromverlusten kommen noch die hohen Kosten für den Bau und Betrieb der Umwandlungsanlagen, die nur bei Stromüberschuss einen Bruchteil des Jahres in Betrieb sind. Es soll also weiter gehen mit der Politik "Energiewende - Kosten ohne Ende".

Freiheiten werden eingeschränkt
Auf den zahlenden Bürger wird dabei keine Rücksicht genommen. Im Gegenteil: Er wird finanziell immer stärker belastet und in seinen Freiheitsrechten eingeschränkt. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz 2021 erschwert Einsprüche von Anliegern gegen Fakepower-Anlagen und gibt den Genehmigungsbehörden mehr Macht.

Der Bürger muss die Entwertung seines Hauses in der Nähe von Windstrom- und Biogasanlagen ohne Entschädigung dulden. Für Neubauten von Häusern sind aufwendige Wärmeisolierungen und Nutzung von physikalisch unmöglichen "erneuerbaren Energien" gesetzlich vorgeschrieben, obwohl beides stets unwirtschaftlich ist. Sie verteuern den Hausbau weit über die eingesparten Energiekosten hinaus. Der Bauherr hat keine Freiheit mehr, ein Haus nach eigenen Erkenntnissen und nach eigenem Geldbeutel zu bauen.

Die steigende Versorgung mit Fakepower führt nur zu immer höheren Strompreisen. Die schwankende Stromversorgung kann auch unerwartet zu einem Stromausfall führen. Zum Gegensteuern plant die Bundesregierung, den Bedarf an die Erzeugung anzupassen. Das bedeutet, den Betrieb von

Waschmaschinen, Wäschetrocknern oder Ladestationen für Elektroautos jederzeit unterbrechen zu können. Sie werden dann per Fernschaltung bei Strommangel blockiert. Verharmlosend wird diese Idee als "Spitzenglättung mit Smartmetern" verkauft.

Falls zu wenig Strom gespart wird, sind Stromabschaltungen bis zu zwei Stunden wechselnd zwischen den Versorgungsgebieten vorgesehen. Eine freie Entscheidung zur Nutzung elektrischer Geräte ist dann vorbei. Darüber hinaus hat die Zentrale des Versorgers jederzeit Zugriff auf einzelne Geräte im Wohnhaus. Es ist ein zusätzlicher Weg zu einem Überwachungsstaat.

Die behördlichen Maßnahmen zur Energiewende schränken die Freiheit der Bürger immer mehr ein. Der größte Freiheitsentzug dürfte jedoch die Finanzierung der Wende durch Steuergelder und die durch staatliche Abgaben getriebenen hohen Stromkosten sein. "Jeder Pfennig, den der Staat dem Bürger abnimmt, schränkt seine Freiheit ein." Diese Erkenntnis offenbarte der erste Vorstandsvorsitzende von Volkswagen, Heinrich Nordhoff, als er im Jahr 1966 von der Posener Messe im kommunistischen unfreien Polen zurück war. Er hatte recht.

Über staatliche Abgaben verfügt nur noch die immer mächtiger werdende staatliche Verwaltung. Doch der Nachfolger von Herrn Nordhoff, Herbert Dies, begrüßt die in 2021 eingeführte Brennstoffsteuer, die als CO2-Abgabe auf Brenn- und Treibstoffe getarnt ist. Damit fördert er die staatliche Machtausweitung und verringert die Kaufkraft der Bürger. Das schädigt den Absatz von Volkswagen und zerstört Arbeitsplätze.

Corona-Abwehr und Klimaschutz gleichen sich
Die Corona-Politik der Bundesregierung wiederholt die Maßnahmen zur Klimarettung. Angstmacherei vor angeblich tödlichen Gefahren eines unbelegten Virus lähmt viele Bürger. Sie akzeptieren und begrüßen sogar Einschränkungen ihrer Freiheitsrechte, die weit über die von totalitären Staaten hinausgehen.

Eine Bewertung des Risikos durch ein Virus ohne jeglichen Nachweis bleibt aus, obwohl man leicht den Anteil der vermeintlich Infizierten an der Gesamtzahl der Bevölkerung ausrechnen kann. Die tatsächlichen Krankheitsursachen sind gänzlich andere. Die Bundes- und Länderregierungen versuchen, diesen Freiheitsentzug der Bevölkerung möglichst lange aufrechtzuerhalten.

Dazu dient unter anderen die Schließung von Spielplätzen, Sportstätten und Schwimmhallen. Sport stärkt den Kreislauf und damit die Widerstandskraft gegen Krankheiten. So konnte eine behauptete zweite Infektionswelle eine geschwächte Bevölkerung erreichen.

Profiteure dieser Politik sind die großen Versandkonzerne und die Hersteller von Impfstoffen. Profiteure sind aber auch die staatlichen Verwaltungen, die eine unglaubliche Machtfülle erlangt haben. Verlierer sind hingegen alle, da sie viele Freiheitsrechte einbüßen und wie bei der Energiewende viele unsinnige behördlichen Maßnahmen bezahlen, die die Politik veranlasst hat.

Prof. Dr.-Ing. Hans-Günter Appel
Pressesprecher NAEB e.V. Stromverbraucherschutz
www.NAEB.info und www.NAEB.tv

[1] Bildquelle: StockKosh-Business-Technology-10347_connection-track-cable
[2] https://www.naeb.info/naeb7.htm

Wer von etwas ausgeht, hat keine Ahnung und stützt sich auf unbegründbare Annahmen, wie in der Fragestunde im Deutschen Bundestag am 13. Januar 2021 deutlich wurde. Oder zählt diese wiederholt gebrauchte Floskel von Frau Staatssekretärin Elisabeth Winkelmeier-Becker nur zu einer Sammlung leerer Worte, welche die Deindustrialisierung der BRD verschleiern? Sie ist Parlamentarische Staatssekretärin für Wirtschaft und Energie.

Energiewende-Chaos: AfD-Fraktion hakt nach!
https://www.youtube.com/watch?v=H8GA03dsifE
14. Januar 2021 | AfD-Fraktion Bundestag

Pressekontakt

Stromverbraucherschutz NAEB e.V.

Herr Hans Kolpak
Forststr. 15
14163 Berlin

NAEB.tv
Hans.Kolpak@NAEB.info

Firmenkontakt

NAEB Stromverbraucherschutz e.V.

Herr Heinrich Duepmann
Forststr. 15
14163 Berlin

NAEB.de
Heinrich.Duepmann@NAEB.info

Elektrischer Strom ist nach den Personalkosten von Unternehmen ein ebenfalls großer Kostenbestandteil der deutschen Volkswirtschaft. Das EEG Erneuerbare Energien Gesetz zur Einspeisung erneuerbarer Energien hat die direkten und indirekten Stromkosten wesentlich erhöht. Strom aus Windenergie oder Voltaik ins Stromnetz einzuspeisen, ist physikalisch und wirtschaftlich unsinnig. Die Netzstabilität leidet dramatisch und eine finanzielle Umverteilung auf Kosten von Stromkunden findet zugunsten der Renditen in Windkraft und Voltaik statt. Die NAEB e.V. klärt über die per Gesetz geschaffenen Strukturen auf.

Anlage: Bild